

Die ökonomische Theorie des Wertes

Oppenheimer, Franz

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Universitäts- und Stadtbibliothek Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Oppenheimer, F. (1931). Die ökonomische Theorie des Wertes. In L. v. Mises, & A. Spiethoff (Hrsg.), *Probleme der Wertlehre. T. 1* (S. 147-175). München: Duncker & Humblot. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-50502-5>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter der CC0 1.0 Universell Lizenz (Public Domain Dedication) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskunft zu dieser CC-Lizenz finden Sie hier: <https://creativecommons.org/publicdomain/zero/1.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under the CC0 1.0 Universal Licence (Public Domain Dedication). For more Information see: <https://creativecommons.org/publicdomain/zero/1.0/deed.en>

FRANZ OPPENHEIMER

Die ökonomische Theorie des Wertes

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Die Methode der Klassiker und ihre Gegner und vermeintlichen Anhänger	149
2. Die Prämissen der klassischen Schule: Thesis, Antithesis, Synthesis. Bourgeoisökonomik und St. Simonismus	157
3. Der Wert der Güter, insbesondere der „beliebig produzierbaren Güter“ .	165
4. Der „Wert“ der Arbeit und der Machtpositionen	170

Diese Veranstaltung, zu der die besten Namen der ökonomischen Theorie Deutschlands aufgebeten worden sind, verfolgt, so will mir scheinen, einen doppelten Zweck.

Erstens soll die geradezu verzweifelte Lage der Theorie unserer Zeit zum klaren Bewußtsein der Fachmänner gebracht werden. Daß sie besteht, wird kaum ein Sachkenner bezweifeln. Ihre Vertreter finden sich in allen denkbaren politischen und wirtschaftlichen Lagern, rechtfertigen alle denkbaren politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen mit einander schnurstracks widersprechenden theoretischen Argumenten, und so ist unsere Wissenschaft heute um jeden Kredit gekommen; sie sollte die Führerin sein und ist zur verachteten Magd geworden. Wer noch daran zweifeln sollte, den wird diese Veranstaltung überzeugen; denn eine Disziplin, die mehr als ein Dutzend verschiedener Theorien über ihr zentrales Problem — und das ist trotz allem das Wertproblem! — um den Sieg kämpfen sehen muß, ist noch keine Wissenschaft in dem ehrenvollen Sinne dieses Wortes.

Zweitens aber besteht doch wohl die Hoffnung, daß aus der hier vorgenommenen Konfrontation die Klärung hervorgehen könnte. Denn wir sind ja doch schließlich Wissenschaftler und nicht Künstler; für uns entscheidet — oder sollte doch wenigstens entscheiden — nicht der persönliche Geschmack ästhetisierender Schiedsrichter, wie etwa bei dem Preisausschreiben für den Palast des Völkerbundes, sondern allein die Kraft der Argumente.

Wenn aber eine Einigung überhaupt möglich sein soll, so müssen wir uns zuvor über die Methode einigen.

1. Die Methode der Klassiker und ihre Gegner und vermeintlichen Anhänger

Die Klassiker bedienten sich der einzigen Methode, mit der theoretische Ökonomik betrieben werden kann, der einzigen infolgedessen, mit der sie von jeher wirklich betrieben worden ist.

Diese Methode ist wenigstens der deutschen Fachwissenschaft in einem geradezu schauerlichen Maße verlorengegangen. Der Terror, den die historische Schule fast ein halbes Jahrhundert ausüben durfte, hat sie so gut wie ausgerottet. Ich will hier nicht über Dinge polemisieren, die nicht

streng zum Thema gehören, und nenne darum keine Namen; aber ich habe zeigen können, daß selbst die elementarsten Begriffe heute von fast allen Vertretern der Theorie nicht mehr richtig aufgefaßt werden. So z. B. wird der Begriff der „beliebig produzierbaren Güter“ auch von sehr angesehenen Verfassern gröblich ins Technische hinein mißverstanden, während er gar nichts anderes bedeutet als solche Güter, in deren Erzeugung und Handel kein Monopol eingegriffen hat. Und es gibt fast niemanden mehr, der einen so grundlegenden Autor wie Ricardo richtig auszulegen wüßte.

Und doch kann nur diese Methode, wenn sie richtig angewendet wird, zum Ziele der Wahrheit und damit zur Einigung und zur Heilung dieser schauerlichen „Krisis der theoretischen Ökonomik“ führen. Es gibt, wir wiederholen es, keine andere. Da aber diese Methode der Klassiker heute, wie gesagt, leider ganz und gar verlorengegangen ist, so muß ich sie in ihren Hauptzügen darstellen.

Das erste, was hier festzustellen ist, ist, daß die Meister keinen einzigen Satz aussprachen, ohne ihn zu begründen. Sie wußten noch, daß die bloße „Meinung“, die bloße „Ansicht“ auch des angesehensten Fachmannes bestenfalls als vorläufige Arbeitshypothese hingestellt werden darf; erst der methodische Beweis darf den Anspruch erheben, zu gelten, wenn er nicht, und solange er nicht, mit den Mitteln der Logik widerlegt worden ist. Bis dahin ist er zwingend, verpflichtet er jeden Forscher, der ihn nicht widerlegen kann, ihn anzunehmen. Widerlegt ist ein Beweis erstens, wenn in den Prämissen oder dem Schlußverfahren Fehler nachgewiesen sind, und zweitens, wenn sich in der „Quaestio facti“, der Prüfung an den Tatsachen, die der Deduktion zu folgen hat, auch nur eine einzige Tatsache findet, die dem behaupteten Satze widerspricht. Dann ist es die Aufgabe, den logischen Fehler aufzufinden, der sich in die Deduktion eingeschlichen haben muß; denn das „Selbstvertrauen der Vernunft“ fordert, als die einzige Möglichkeit von Wissenschaft überhaupt, daß das Denken zu Ergebnissen führe, die mit der Wirklichkeit völlig übereinstimmen. Die Klassiker hielten noch nicht, wie Thünen es einmal meisterhaft bezeichnet, „in einer Art von Begriffsverwechslung die Tatsachen für den Grund der Tatsachen, das zu Erklärende für die Erklärung“.

Und zwar deduzieren sie alle Erscheinungen durchaus aus einem einzigen Prinzip. Das ist das zweite, was wir hier in bezug auf ihre Methode festzustellen haben. Dieses Prinzip ist überaus einfach. Das ist in den letzten Dezennien vielfach verkannt worden: gerade wir Deutschen haben in dem berechtigten Bestreben, die Ökonomik psychologisch zu unterbauen, hier etwas über das Ziel hinausgeschossen, indem

wir ein Prinzip suchten — und fanden —, das beides, die vorwirtschaftliche Überlegung (das Gebiet der ökonomischen Psychologie) und die gesellschaftswirtschaftliche Mechanik, zugleich beherrscht: das Prinzip des kleinsten Mittels. Das ist gut und richtig gewesen, aber es hat uns in bezug auf die Marktwirtschaft in unnütze Debatten und Schwierigkeiten hineingebracht. Das leitende Prinzip der Klassiker ist eine einfache und unwidersprechlich richtige Ableitung aus diesem allgemeinen Prinzip: sie setzen nichts voraus, als daß jeder geistesgesunde Mensch das Bestreben hat, seine Waren, Dienst oder Gut, auf dem besten Markte, d. h. zum besten erreichbaren Preise zu verkaufen, und seinen Bedarf an Gütern und Diensten auf dem günstigsten Markte einzukaufen¹.

Eine derartig orientierte Handlung ist eine wirtschaftliche Handlung. Der Inbegriff dieser Handlungen bildet den Gegenstand der Ökonomik. Als nicht-wirtschaftlich gelten alle Handlungen, die geltende Gesetze und sittliche Anschauungen der Zeit und Gesellschaft verletzen, also Verbrechen, und vor allem monopolistische Ausbeutung, also Wucher und Erpressung; als un-wirtschaftlich alle Handlungen, die jenes oberste Prinzip verletzen. Durchaus nicht wird dabei vorausgesetzt, daß jeder Mensch es versteht, den günstigsten Markt für Ver- und Einkauf auch wirklich zu finden; es genügt vollkommen, daß er das Bestreben danach hat und ihm in der Regel auch, abgesehen von einzelnen Handlungen der Leidenschaft und dergleichen, folgt. Wer dieses Bestreben besser und regelmäßiger durchzusetzen vermag, ist höher qualifiziert, geradeso wie ein Stärkerer oder Schnellerer: mit dieser Korrektur kommt die Klassik vollkommen aus.

Drittens: die klassische Methode ist, wie Schumpeter einmal mit Recht sagt, „essentiell statisch“. Das folgt aus ihrer Grundauffassung von dem Mechanismus der Marktwirtschaft, den ich den „Zusammenhang der Märkte“ genannt habe, ein Zusammenhang, der übrigens evident ist, und den die Klassik der kaufmännischen Praxis entnommen hat: kraft jenes Prinzips strebt jedermann denjenigen Märkten zu, wo er am vorteilhaftesten kauft und verkauft, d. h. wo er an seiner eigenen Ware den höchsten Gewinn erzielt und die von ihm bedurfte Ware am günstigsten erwirbt; unter sonst gleichen Umständen, namentlich also bei gleichen Transportkosten, strebt er also dahin, für seine Ware den höchsten Geldpreis zu erhalten und für seinen Bedarf den niedrigsten Geldpreis zu be-

¹ Um unnütze Debatten zu verhüten: der „beste“ Preis ist nicht notwendig der momentan höchste. Häufig wählt der Produzent denjenigen Markt, auf dem er auf die Dauer den höchsten Preis erwartet, und zwar ausgedrückt nicht in Geld, sondern in der Menge der dafür erwerbbaren Gegenwaren.

zahlen. Dieses Bestreben führt zunächst dazu, daß auf dem gleichen Markte für die gleiche Ware der gleiche Preis bezahlt wird; und es führt im Zusammenhang der Märkte, weil jeder den günstigsten Markt aufsucht, dahin, daß Märkte mit günstigen Preisen stärker beschickt und besucht werden, so daß das Angebot im Verhältnis zur Nachfrage steigt, und der Preis sinkt; während umgekehrt sich auf Märkten mit ungünstigen Preisen das Angebot zurückhält und deshalb der Preis steigt. Derart „tendiert“ jeder einzelne Warenpreis dahin, sich auf seinen „Wert“ einzustellen, auf seinen „natürlichen Tauschwert“ (natural value), auf das, was die neuere Theoretik seit Mill, der die Lehre seines Meisters Auguste Comte ökonomisierte, als den „statischen Preis“ bezeichnet.

Nur für diesen statischen Preis interessiert sich die Klassik; er allein ist ihr die Grundlage aller ihrer weiteren Deduktionen, unter denen die allerwichtigste, fast allein wichtige, die Ableitung der Gesetze der Distribution ist: die Aufgabe ist, den Lohn als den Wert der Arbeitsleistung (des Dienstes), die Grundrente als den Wert der Bodennutzung, den Kapitalprofit als den Wert der Kapitalnutzung zu deduzieren. Dagegen sieht sie methodisch von allen Schwankungen im Verhältnis von Angebot und Nachfrage ab; sie untersucht ihr Erkenntnisobjekt, die Gesellschaftswirtschaft der Wirtschaftsgesellschaft, unter der methodischen Fiktion, jene Tendenz habe sich verwirklicht, die „Statik“ sei erreicht und bleibe während der Dauer der Untersuchung erhalten. Schon daraus geht hervor, wie falsch die Grenznutzenschule die Klassik verstanden hat. Denn dasjenige, was sie den „Wert“ zu nennen beliebt, ist niemals der statische Preis „auf die Dauer und im Durchschnitt“, sondern immer irgendein „laufender Preis“.

Es kommt nun alles darauf an, das Problem der Statik richtig zu verstehen und zu instruieren. Die Klassiker, zum mindesten die beiden großen deduktiven Genies unter ihnen, Ricardo und Thünen, haben die statische Methode mit geradezu nachtwandlerischer Sicherheit sozusagen instinktiv gehandhabt, hatten aber eben darum keine Veranlassung, darüber nachzudenken und sie schriftlich festzulegen. Die folgenden Generationen haben jene instinktive Sicherheit nicht mehr besessen und haben fast regelmäßig die Stellung des Problems bereits für seine Lösung gehalten.

Das Problem, richtig gestellt, lautet folgendermaßen: Offenbar tendiert die Konkurrenz im Zusammenhang der Märkte dahin, einen gewissen Gleichgewichtszustand der Gesellschaftswirtschaft herzustellen: wie ist er beschaffen?

Man kann diesen tendenziellen Zustand eines Gleichgewichts auf die verschiedenste Weise benennen und hat ihn in der Tat auf die verschiedenste Weise benannt. Man kann sagen: es ist der Ruhezustand der

Konkurrenz; oder: es ist der Zustand, wo Angebot und Nachfrage einander „die Waage halten“; oder: es ist der Zustand, wo kein Mitglied der Gesellschaft einen Anlaß hat, seine Produktion und Konsumtion zu ändern; oder: es ist der Zustand, wo alle Waren auf ihrem natürlichen Preise, also als Gesamtheit betrachtet, in ihrer natürlichen oder statischen Preisrelation stehen. Wie immer aber man diesen Gleichgewichtszustand benenne: man muß sich darüber klar sein, daß damit das Problem eben erst gestellt, aber noch nicht im mindesten gelöst ist.

Man kommt der Lösung auch kaum dadurch näher, daß man, wie es fast immer geschieht, die selbstverständliche Voraussetzung macht, daß sich die äußeren Daten des Problems während der Beobachtung nicht ändern. Das ist natürlich auszuschließen: es darf die Bevölkerung sich an Zahl und Zusammensetzung nicht ändern, es dürfen keine neuen Erfindungen gemacht werden, es müssen die Ernten gleichbleiben usw. Das sind nur die selbstverständlichen Bedingungen der möglichen Lösung, es ist aber noch entfernt nicht die Lösung selbst.

Die Lösung ist die einer analytischen Aufgabe aus der Mathematik: Gegeben ist aus einem System zusammenhängender, voneinander abhängiger Funktionen eine: wie müssen die übrigen Funktionen sich verhalten? Auf unseren Fall angewendet: Als gegeben wird angenommen jener irgendwie bezeichnete Gleichgewichtszustand der Gesellschaftswirtschaft: wie verhalten sich ihre übrigen Funktionen? Oder umgekehrt: wie müssen sich die Funktionen der Gesellschaftswirtschaft verhalten, damit jener Gleichgewichtszustand möglich sei? Schumpeter hat einmal gezeigt, daß es sich hier um eines der sogenannten Maximumprobleme handelt, wo gewisse Größen ihr Maximum und dafür andere das Minimum Null erreichen. Leider hat ihn seine grenznutzlerische Einstellung verhindert, das Problem richtig zu instruieren und aufzulösen.

Wir haben also, um es zu wiederholen, immer wieder zu fragen: wie muß sich diese oder jene Größe einstellen, um die Voraussetzung zu ermöglichen, daß sich die Konkurrenz in ihrem Ruhezustande befindet? Oder, anders ausgedrückt: wir haben immer wieder festzustellen, daß diese oder diese Größe sich auf gerade diesen Stand, auf gerade dieses Verhältnis zu anderen Größen einstellen muß: „Anders kann die Konkurrenz nicht zur Ruhe kommen.“ Erst der Inbegriff der auf diese Weise errechneten Größen und Größenverhältnisse ergibt die Lösung des Problems der Statik und damit die Möglichkeit der sicheren methodischen Weiterarbeit auf der gewonnenen Grundlage.

Unter Anwendung dieser Methode ergeben sich eine ganze Anzahl von

Bestimmungen, von denen einige hier angeführt werden mögen: in der Statik sind alle Löhne (Arbeitseinkommen) gleich qualifizierter Kräfte, zwar nicht dem Nominalbetrage nach, wohl aber dem Realbetrage nach gleich hoch, und die Löhne stufen sich exakt nach der relativen Seltenheit der Qualifikation. — Ferner sind die Profite von Kapitalien gleicher Gunst der Anlage ausgeglichen, so daß auf gleiches Kapital der gleiche Profit entfällt; und die Profite stufen sich ab exakt nach der Ungunst der Anlage. — Die Grundrente des „Grenzlandwirts“ ist exakt gleich Null, und die Grundrenteneinkommen der Eigentümer von „Boden höherer Rentierung“ sind exakt gleich der Ersparnis durch geringere Erzeugungskosten je Einheit (Bodenbonität) oder durch geringere Transportkosten zum Markte (Gunst der Lage). Und andere Bestimmungen dieser Art, die das Rückgrat der Theorie darstellen, wie etwa die bekannte Eingrenzung der Monopolgewinne aus Tauschmonopolen durch die Konkurrenz von nichtmonopolisierten Ersatzgütern und die Einstellung von konkurrenzfreien Monopolgütern auf das Optimum des Gewinnes; und die Beschränkung der Monopolgewinne aus privatrechtlich geschaffenen, durch Preisvereinbarung entstandenen Monopolen durch die Gefahr der Herbeiführung der Konkurrenz durch Outsiders. Usw. usw.!

Für die Lösung des Wertproblems brauchen wir zwei solcher Funktionsbestimmungen, die beide bereits von den Klassikern gemacht worden sind. Die erste von Ricardo: in der Statik enthält der Preis aller „beliebig produzierbaren Waren“, d. h. aller Waren, die unter voller freier Konkurrenz, ohne Eingriff eines Monopols, erzeugt und zu Markte gebracht werden, kein Atom Zuschlag für höhere angeborene Qualifikation. Denn die Konkurrenz kann erst dann zur Ruhe kommen, wenn den höher Qualifizierten alle Vorteile abgejagt sind, die sie nur der Konjunktur verdanken, während die Vorteile, die sie ihrer höheren Qualifikation verdanken, ihnen nicht abgejagt werden können. Die Dinge liegen hier genau ebenso wie bei der nahe verwandten Grundrente und den Gewinnen aus den von mir so genannten „Produktionsmonopolen“ (V. Wiesers „Monopoloiden“) überhaupt. Wo höher Qualifizierte mit offenbar überdurchschnittlichem Gewinne irgendeine Ware zu Markte bringen, da greift die Konkurrenz der durchschnittlich Qualifizierten sofort ein und währt so lange, bis der Preis auf den Satz herabgezogen ist, der ihnen gerade den durchschnittlichen Gewinn bringt.

Die zweite, unendlich viel wichtigere Funktionsbestimmung haben schon Adam Smith und Thünen gemacht: In der Statik sind alle Einkommen so weit ausgeglichen, wie die Konkurrenz sie gegen ihre beiden Hindernisse auszugleichen imstande ist. Diese Hindernisse sind die Verschiedenheit der Qualifikation und das

Monopol. Keine Konkurrenz der geringer Qualifizierten kann den Vorsprung ausgleichen, den die überlegene Qualifikation besitzt, die gleiche Ware mit geringeren Produktionskosten herzustellen; und die Konkurrenz kann die Vorteile aus einem Monopol nicht ausgleichen aus dem einfachen Grunde, weil das Monopol seinem Begriff nach darin besteht, daß bei der Produktion irgendeiner Ware die Konkurrenz eingeschränkt, im Grenzfalle aufgehoben ist. Aber das Einkommen aller durchschnittlich qualifizierten Produzenten von beliebig produzierbaren Waren ist in der Statik gleich groß; eher kann die Konkurrenz nicht zur Ruhe gelangen. Das hat Adam Smith klar ausgesprochen in der ebenso bekannten wie wenig verstandenen Stelle, wo er den Mechanismus des „Zusammenhanges aller Märkte“ schildert: die Konkurrenz wirkt so lange, „bis alle Vorteile wieder auf einer Linie sind“. Und Thünen hat den Gleichgewichtszustand gar exakt dadurch bestimmt, daß alle Einkommen gleich sind, selbstverständlich, soweit nicht jene beiden Hindernisse dagegen wirken². Solange nämlich noch einem durchschnittlich Qualifizierten sein Produktionszweig überdurchschnittliches Einkommen abwirft, muß die Konkurrenz versuchen, es ihm abzujagen. Das ist, wie mir scheint, evident.

Das ist die klassische Methode, und wir wiederholen: es ist die einzige, mit der die Ökonomik betrieben werden kann und jemals betrieben worden ist. Es ist denn auch nur ein einziges Mal, und zwar von den Begründern der „Historischen Schule“, der Versuch gemacht worden, an ihre Stelle eine andere zu setzen. Dieser Versuch ist anerkanntermaßen gescheitert. Ja, man kann sagen, daß er eigentlich niemals ernstlich gemacht worden ist. Es ist bei bloßen Programmen geblieben, und selbst die Vorfechter dieser Schule, ein Hildebrandt, ein Knies, ein Schmoller, haben sich in ihren theoretischen Arbeiten oder in den theoretischen Teilen ihrer Arbeiten nicht nur dieser Methode, sondern sogar ganz ohne Skrupel gewisser Ergebnisse der klassischen und leider auch der nachklassischen Schule bedient, um ihren historischen Stoff zu erklären, d. h. aus Gesetzen abzuleiten oder auf Gesetze zurückzuführen. Das Malthussche Bevölkerungsgesetz ist geradezu eines der Axiome dieser Richtung.

Nicht als Gegner, sondern geradezu als Erneuerer der klassischen Methode trat dagegen die Grenznutzenschule auf den Plan. Diese mächtige Schule, die die historische in der Herrschaft über die deutschen und viele

² Isolierter Staat, Ausgabe Wäntig, S. 529: „Zwischen dem Preise einer Ware und den Produktionskosten derselben findet das Gleichgewicht statt, wenn das Gewerbe, wodurch diese Ware hervorgebracht wird, weder Verlust noch ungewöhnlichen Gewinn bringt. Woran — so muß man nun fragen — ist aber Gewinn und Verlust zu ermessen? Ich antworte: wenn durch den Preis der Waren die Arbeit von gleicher Qualität in allen Gewerben gleich hoch gelohnt wird, so findet das Gleichgewicht statt, und diese Durchschnittsbelohnung ist der Maßstab für die Produktionskosten wie für Gewinn und Verlust.“

auswärtige Hochschulen abgelöst hat, verdankt ihren großen Erfolg vor allem dem Umstande, daß sie zu der klassischen Methode und damit zu methodischem Arbeiten, d. h. zu Wissenschaft überhaupt, zurückzuführen schien; daß sie die Aussicht zu bieten schien, endlich wieder zur Herrschaft über den massenhaften, ganz und gar unübersichtlich angewachsenen rohen Wissensstoff zurückzugelangen, den der gar nicht hoch genug einzuschätzende Fleiß der Historiker in geschichtlichen Untersuchungen und Beobachtungen der uns umgebenden Wirtschaftserscheinungen aufgehäuft hatte, — in dem wir aber hilflos zu ersticken Gefahr liefen. Freilich wird unsere Analyse zeigen, daß die Grenznutzler die klassische Methode falsch verstanden und daher ihr Ziel verfehlen mußten.

Die klassische Methode nämlich beschäftigt sich, das ist die letzte Feststellung, die wir hier zu machen haben, nur und ausschließlich mit der Gesellschafts- oder sogar der Marktwirtschaft. Sie interessierte sich nicht und hatte sich von ihrer Problemstellung aus auch gar nicht zu interessieren für dasjenige, was ich vorgeschlagen habe, „die psychologische Grundlegung der Ökonomik“ zu nennen. Niemand kann höher als ich die Bedeutung einschätzen, die namentlich Gossens Arbeit für die Vertiefung und die genauere Begründung unserer eigentlich ökonomischen Untersuchungen gehabt hat: aber er selbst hat vollkommen gewußt und klar ausgesprochen, daß er die klassische Doktrin nicht ersetzen, sondern nur unterbauen und nach der psychologischen Seite hin ergänzen wollte. Um den Unterschied und Gegensatz mit einer glücklichen Formel zu bezeichnen, die meines Wissens zuerst Hilferding in seiner großartigen Debatte mit Böhm-Bawerk angewendet hat, so untersucht die Klassik die gesellschaftlichen Beziehungen zwischen Menschen, wie sie durch Sachen vermittelt werden, während Gossen und die Grenznutzler in allen Teilen ihrer Lehre, die haltbar sind, die Beziehungen zwischen Menschen und Sachen untersuchen. Das erste ist Soziologie, das zweite ist Psychologie. Und ich behaupte, daß es keinen Weg von dieser zu jener gibt. Ich brauche mich nicht selbst abzuschreiben: ich habe in meinem Lehrbuch³ die Versuche der angesehensten Vertreter der Schule, von ihrem „Grenzwert“ zu dem „Wert“ der Klassiker zu gelangen, als vollkommen unhaltbar, als eine einzige Kette der schwersten logischen Fehler nachgewiesen und bisher meines Wissens keinen Widerspruch erfahren, abgesehen von der lächerlichen kleinen Verteidigung, die Vleugels den Angegriffenen zuteil werden ließ. Um nur die Hauptpunkte noch einmal anzuführen, so ist sicher, daß sie überall den Preis, den sie abzuleiten behaupten, bereits voraussetzen: eine *Petitio principii* ärgster Art; daß

³ Vgl. auch Wert und Kapitalprofit. 3. Aufl. S. 69 ff.: „Die Krisis der Grenznutzentheorie“.

diese Erschleichung verdeckt wird durch die Anwendung doppeldeutiger Worte: bei Böhm bedeutet „Schätzen“ bald den Vergleich innerseelischer Intensitätsgrößen, bald ein Taxieren in Geld, also in Extensitätsgrößen; bei Zuckerkandl spielt das Wort „Nutzen“ die gleiche Rolle: das eine Mal bedeutet es einen höheren Grad innerseelischer Befriedigung, das andere Mal, wie in der Kaufmannssprache, geradezu den Profit. Dann wird überall mit seelischen Intensitätsgrößen skrupellos gerechnet: ein unverzeihlicher Elementarschnitzer gegen die ersten Regeln aller Mathematik, und die Folge ist z. B., daß jeder den „Gesamtgrenznutzen“ anders berechnet, der eine durch Addition, der zweite durch Multiplikation, der dritte gar durch Integration. Der „Wert“ der Produktivmittel wird durch eine logisch unmögliche Deduktion aus dem der fertigen Erzeugnisse abgeleitet, und zur Ableitung des Geldwertes muß ein weiterer elementarer Schnitzer gemacht werden: die Einführung einer historischen Tatsache, nämlich der früher geltenden Preisrelation, in die reine Deduktion. Ganz abgesehen davon, daß damit das Problem nur verschoben ist: denn wie kam jene zustande?, ist das Verfahren durchaus widerlogisch und verboten; es ist wieder eine *Petito principii* ärgster Art. Denn die Tatsachen sollen ja gerade erklärt werden und haben im Beweis erst wieder in der „*Quaestio facti*“ eine Rolle zu spielen, wenn die fertige Erklärung an ihnen geprüft und bestätigt werden soll. Schließlich wird, wieder der gleiche Fehler, in der sogenannten „Theorie der Zurechnung“ den Produktivmitteln immer genau derjenige Wert-Teil zugerechnet, den sie erfahrungsgemäß erhalten, so daß ich von der „Un-Zurechnungsfähigkeit“ der Doktrin sprechen konnte.

Mich noch weiter über die Grenznutzenschule hier zu verbreiten, muß ich, wie gesagt, ablehnen. Sie folgt nur insoweit der Klassik, als sie überhaupt eine Theorie für erforderlich hält, und als sie ihre Behauptungen zu beweisen versucht: beides sehr beachtenswert und dem notwendigen Kampfe gegen die Theoriefeindschaft der Historiker sehr dienlich, aber ihre Methode ist doch nicht die der Klassiker, die, wie ich behaupte und beweisen zu können glaube, nie etwas anderes untersuchten und zu erklären versuchten als eben die Gesellschaftswirtschaft.

2. Die Prämissen der klassischen Schule:

Thesis, Antithesis, Synthesis. Bourgeoisökonomik und St. Simonismus

Bevor wir unsere Ergebnisse zur Lösung des uns vorliegenden Problems verwenden, bleibt noch ein sehr Wichtiges zu tun, nämlich nun auch die Prämissen der Klassiker zu untersuchen und je nachdem anzunehmen

oder abzulehnen. Es wird häufig übersehen — es ist das die Hauptschuld der Historischen Schule —, daß auch die vollkommenste Methode (und die klassische Methode ist in der Tat vollkommen) nicht zum Ziele der Wahrheit führen kann, wenn die Voraussetzungen falsch sind, von denen der Untersuchende ausgeht. Dann muß gerade die vollkommene Methode zu Ergebnissen führen, die mit den Tatsachen nicht übereinstimmen, oder, und das ist so gut wie unvermeidlich: die Übereinstimmung wird gewaltsam durch logische Trugschlüsse hergestellt. Aber das ist dann nicht die Schuld der Methode, sondern des Forschers: geradeso gut könnte man die Arithmetik für einen Rechenfehler verantwortlich machen.

Der Grundfehler der klassischen Ökonomik besteht darin, daß sie, um es mit äußerster Schärfe auszudrücken, die Voraussetzung machte, die Geschichte sei nicht gewesen oder habe doch auf die sie umgebende, nennen wir sie die „kapitalistische“, Wirtschaft nicht den geringsten Einfluß ausgeübt. Sie stellt, anders ausgedrückt, die Frage nicht methodisch, welche Elemente dieser Ordnung etwa nicht der rein gedachten Konkurrenzwirtschaft immanent, sondern lebenskräftige Residuen aus der vorausgegangenen Ordnung des feudalen Eroberungsstaates sein möchten.

Denn das ist unbestreitbar: der „Kapitalismus“ ist zunächst einmal nichts anderes als eine historische Epoche. Für jede solche Epoche ohne Ausnahme gilt der Satz, daß sie noch lebenskräftige, fortwirkende Elemente aus der Vorepoche enthält, gegen die sich das neue, zur Herrschaft drängende Element erst kämpfend durchzusetzen hat. Auf unseren Fall angewendet: die Vorepoche war der Feudalismus in seiner letzten Erscheinungsform als Absolutismus. Seine konstituierenden Elemente in allen seinen Unterepochen waren erstens die rechtlich-verfassungsmäßige Scheidung der Stände in Vorberechtigte und Vorverpflichtete, und zweitens die Aussperrung der großen Masse von Grundbesitz durch massenhaftes geschlossenes Großgrundeigentum, die Bodensperre. Und das neue Prinzip, das sich gegen diese Feudalreste kämpfend durchzusetzen strebt, aber bisher noch nicht durchgesetzt hat, ist das der freien Konkurrenz.

Die Physiokraten und Adam Smith freilich waren sich noch der Tatsache klar bewußt, daß die sie umgebende, von ihnen zu analysierende „kapitalistische“ Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ein historisches Gebilde ist. Sie sahen, daß diese Ordnung noch Elemente enthält, die aus außerökonomischer Gewalt, aus der Ordnung des im Absterben begriffenen Feudalstaates in seiner letzten Ausgestaltung als Absolutismus stammten, und sie waren sich darüber klar, daß diese Elemente abgebaut werden mußten, um das System der freien Konkurrenz zu verwirklichen,

von dem sie — mit Recht, wie ich behaupte — die Lösung des sozialen Problems, die „Harmonie aller Interessen“ erwarteten. Aus diesem Grunde forderten sie die Aufhebung aller Privilegien und Monopole, der Zünfte und Korporationen nicht minder wie der Handelskompagnien, und waren grundsätzlich für den Freihandel im Innern und nach außen.

Aber Quesnay hatte noch nicht die Methode, deren man bedarf, um mit Sicherheit festzustellen, welche Elemente dem rein gedachten System der freien Konkurrenz notwendig angehören und welche nicht. Und so hielt er naiv nicht nur alle Bestandteile der wirtschaftlichen Ordnung für „natürlich“, die sich nicht ohne weiteres als Eingriffe des Staates charakterisierten, sondern auch alle wesentlichen Bestandteile der politischen Ordnung seiner Zeit: die Monarchie, den Adel (*la classe noble* oder *disponible*) usw.

Adam Smith kam um einen Schritt weiter: Er fand grundsätzlich die Methode der Trennung der ökonomischen von den außerökonomischen Elementen. Er deduzierte von der Prämisse einer Gesellschaft der Gleichen und Freien, die sich ohne äußere Störung durch Gewalt nach ihren eigenen immanenten Gesetzen entwickelt und derart das rein gedachte Konkurrenzsystem verwirklicht. Aber er führte die Deduktion nicht konsequent durch. Er sah nicht, daß seine Prämisse selbst nicht nur unhistorisch, sondern geradezu gegenhistorisch ist; daß sich noch niemals eine menschliche Gesellschaft ungestört aus einem Zustande der Gleichheit und Freiheit entwickeln konnte; er wurde das Opfer der „soziologischen Wurzel aller Übel“, wie ich es genannt habe, des von ihm zuerst so bezeichneten „Gesetzes der ursprünglichen Akkumulation“. Zwar sah er klar, daß vor der „Vollbesetzung des Bodens“ weder eine Klasse besitzloser Arbeiter noch infolgedessen irgendein Großeigentum, sei es an Land, sei es an Kapital, entstehen und bestehen könne: aber er glaubte, irrtümlich, wie ich stringent habe nachweisen können, daß jene Vollbesetzung sich „rein ökonomisch“ vollzogen habe, indem sich, um mit Rousseau zu sprechen, „eine bauerliche Hufe neben die andere legte, bis sie, sich sämtlich berührend, das ganze Land bedeckten“. Er dachte bei dieser Deduktion nicht an seine eigene Feststellung der Tatsache, daß in den Wirren der Völkerwanderung die Häuptlinge und Fürsten alles Land, auch das noch unbebaute und herrenlose, für sich beanspruchten und derart gegen das Siedlungsbedürfnis der Masse sperrten, so daß also die „Vollbesetzung“ sich nicht ökonomisch, sondern außerökonomisch vollzogen hatte. Und von jener falschen Prämisse aus hat er dann durch eine Anzahl leicht aufzudeckender Trugschlüsse alle Elemente der kapitalistischen Ordnung, vor allem die besitzlose Klasse „freier Arbeiter“ und das Großeigentum an Kapital und Boden abgeleitet.

In der Generation, die ihm folgte, spaltet sich die Ökonomik in zwei Schulen, die die beiden Extreme darstellen. Man könnte sie als die theoretische und die geschichtsphilosophische Schule bezeichnen. Ricardo und Malthus in England, Jean Baptiste Say in Frankreich sind die Verfechter der ersten dieser Schulen. Ihnen ist das Bewußtsein vollkommen verlorengegangen, daß die kapitalistische Ordnung mitten im Strome der Geschichte steht; sie halten, ohne auch nur zu fragen, diese Ordnung für die fertige und vollkommene Ordnung der freien Konkurrenz und häufen auf die Smithschen Trugschlüsse immer neue, um eine notdürftige Übereinstimmung ihrer Deduktionen mit der Wirklichkeit herbeizuführen. Aber Ricardo und neben ihm der Deutsche Johann Heinrich von Thünen arbeiten die von Smith inaugurierte Methode der Deduktion aus dem „Selbstinteresse“ bis zur letzten Feinheit aus.

Die zweite geschichtsphilosophische Schule wird begründet von St. Simon. Er verwirft das „Gesetz der ursprünglichen Akkumulation“ als vollkommen unhistorisch und zeigt, daß die Klassen und das Großeigentum in der Tat entstanden sind nicht durch allmähliche Differenzierung aus einer Gesellschaft Freier und Gleicher, aber verschieden Begabter, sondern unzweifelhaft durch Eroberung und Unterwerfung. Mit anderen Worten: er ersetzt jenes Pseudogesetz durch die „Soziologische Staatsidee“, wie Ludwig Gumpowitz sie später nannte. Und er zieht aus dieser durch die Weltgeschichte völlig verbürgten neuen Voraussetzung in bezug auf das eigentlich entscheidende Zentralproblem der Ökonomik den einleuchtenden, ja geradezu evidenten Schluß, daß die Distribution des Einkommens selbstverständlich der Distribution des Eigentums entsprechen muß, wie sie durch jene außerökonomischen Kräfte, oder, um es mit letzter Deutlichkeit zu bezeichnen, wie sie durch jene nicht dem Konkurrenzsystem immanenten Kräfte gestaltet worden ist.

Leider hat St. Simon selbst sich mit dieser allerdings einleuchtenden Erkenntnis begnügt. Aber sie reichte nicht aus. Die Aufgabe war klar gestellt: es mußte von dieser neuen Prämisse aus mit der Ricardoschen Methode der Mechanismus auf das genaueste dargelegt werden, durch den die Großeinkommen, Grundrente und Kapitalprofit, gerade in der beobachteten Höhe in die Hände der Großeigentümer von Boden und Kapital gelangen. Um es mit einer Analogie aus der Chemie zu bezeichnen, so hatte St. Simon das Problem wohl qualitativ, aber nicht quantitativ gelöst. Er hinterließ seinen Nachfolgern die Aufgabe der Synthese seiner richtigen geschichtlichen Voraussetzung mit der Ricardoschen Methode.

Um diese Synthese haben die besten Männer gerungen, ein Proudhon, ein Rodbertus, ein Marx, ohne Erfolg. Dann hat Eugen Dühring die

Methode der Lösung bestimmt: man mußte wie Smith ausgehend von der Gesellschaft der Freien und Gleichen deduzieren, aber nicht als von einer wahren, einer geschichtlichen Prämisse, sondern bewußt als von einer methodischen Fiktion, einem „Als-Ob“ im Sinne Vaihingers. Nur auf diese Weise konnte erkundet werden, welche Elemente einer reinen Konkurrenzwirtschaft wirklich immanent sind, und welche nicht; das heißt: welche der Fortwirkung geschichtlicher außerökonomischer Gewalt ihre Entstehung verdanken und daher verschwinden müssen, ehe von einer reinen Konkurrenzwirtschaft die Rede sein darf, und ehe daher das Urteil darüber gefällt werden darf, ob die von den ersten Klassikern vorausgesagte „Harmonie aller Interessen“, die Lösung der sozialen Frage, eine Utopie ist oder nicht.

Auch Dühring hat diese Deduktion nicht durchgeführt. Aber er hatte die letzte Stufe in die Treppe eingebaut, die zum Ziele führte, und so war es mir vergönnt, den nächsten und, wie ich hoffe, letzten Schritt zu tun. Ich habe schon in meinem Buche von 1898: „Großgrundeigentum und soziale Frage“ die Deduktion vollkommen durchgeführt und in dem zweiten Teile des Buches an der Hand der deutschen Wirtschaftsgeschichte als durchaus richtig erhärten können. (Es ist, nebenbei gesagt, für den Zustand unserer Disziplin kennzeichnend, daß dieses Buch meines Wissens bis heute, auch in seiner Neuauflage von 1922, keiner einzigen Kritik von seiten eines Nationalökonomens oder Wirtschaftshistorikers gewürdigt worden ist. Ich hätte schon einigen Grund zu einer gewissen Verbitterung.)

Die Deduktion ergab in Übereinstimmung mit Turgot, Smith usw. und sogar mit Karl Marx den an sich evidenten Satz, daß eine Klasse freier Arbeiter und daher Großeigentum an Grund und Boden und Kapital nicht eher existieren kann, als bis alles Land besetzt ist. Aber die elementarste Rechnung ergab weiter, daß selbst heute noch in den volkreichsten Ländern Europas der Vorrat an agrarischem Nutzlande viel größer ist, als die vorhandene Agrarbevölkerung brauchen würde, wenn sich die Besiedelung nach dem Schema der reinen Ökonomie vollzogen hätte. Damit war bewiesen, daß der Kapitalismus nicht die reine Ordnung der freien Konkurrenz ist: er enthält in dem massenhaft geschlossenen Grundeigentum einen Rest der außerökonomischen Gewalt. Wäre es nicht vorhanden oder würde es irgendwie abgeschafft und der Boden der freien Besiedelung zugänglich gemacht, so würde es auch heute noch keine besitzlose Arbeiterklasse und keine Möglichkeit der Entstehung von Grundeigentum an Boden oder Kapital geben. Es gäbe also nur Arbeitseinkommen und allenfalls geringe, keinesfalls klassebildende Splitter von Grund-

rente und Konjunkturgewinn oder, was das gleiche ist, von dynamischem, nicht aber statischem Profit.

Von diesen Prämissen aus gelang es mir nun auch, die kapitalistische Ordnung bis in ihre letzten Einzelheiten hinein zu deduzieren. Dabei leistete mir ein soeben erst entdecktes statistisches Gesetz die besten Dienste, das 1893 zuerst publizierte Goltzsche Gesetz der Wanderung: „Mit dem Umfang des Großgrundeigentums parallel und mit dem Umfang des bäuerlichen Grundbesitzes in umgekehrter Richtung geht die Wanderung.“ 1873 war der letzte bürgerliche Theoretiker von Rang, John Stuart Mill, 1883 war Karl Marx gestorben; wenn sie das Gesetz gekannt hätten, wäre ihre Lehre wohl anders ausgefallen. Ich war der erste und bin bisher der einzige geblieben, der dieses überall bewährte neu entdeckte Gesetz in die Theorie eingebaut und zu dem Zwecke, was natürlich erforderlich war, streng deduziert hat; obgleich wir nur über sehr wenige echte Gesetze verfügen, sind alle meine Bemühungen vergeblich geblieben, meine Herren Fachkollegen damit auch nur bekannt zu machen. Es wird in keinem der mir vorliegenden Lehrbücher erwähnt, und auch in dem Stolz unserer deutschen Wissenschaft, im Handwörterbuch der Staatswissenschaften, habe ich es sowohl im Stichwörterverzeichnis wie unter allen möglichen Titeln vergeblich gesucht. Auch das ist ein Zeichen für den verzweifelten Zustand unserer Disziplin, daß das von einem sehr angesehenen Fachmann aufgefundene und von einem nicht gerade verachteten Fachmann an entscheidender Stelle verwertete Gesetz nach 33 Jahren der Theorie unbekannt geblieben ist!

Es blieb nur noch ein einziges grundsätzlich zu leisten: die Umformung des nur für geschichtliche Darstellungen passenden Ausdrucks „gewaltgeschaffene Machtposition“ in einen Terminus, mit dem man in der ricardischen Deduktion rechnen konnte. Auch das gelang zuletzt: diese Machtpositionen stellen charakteristische Monopole dar. Der geschichtliche Großgrundbesitzer, der Feudalherr, auf dessen Herrschaftsgebiet sich die besitzlose Bevölkerung massenhaft ansammelt, und der außerdem, auch noch lange nach der Aufhebung der Schollenbindung (der Kirchspielgesetze in England, der Erbuntertänigkeit in Deutschland, Österreich, Polen, Rußland usw.), die politische Übermacht hat, d. h. über das von mir so genannte „öffentlich-rechtliche Klassenmonopol der Staatsverwaltung“ verfügt: dieser Grundherr steht seinen Hintersassen als echter Monopolist gegenüber (was übrigens Adam Smith wußte und aussprach); diese haben im höchsten Maße die „größere Dringlichkeit des Austauschbedürfnisses“, die überall das Monopol begründet.

Gegen diese meine Lehre vom Bodenmonopol haben sich einige Angriffe gerichtet, und in der Tat ist sie das Zentrum meiner Auffassung. Schum-

peter hat die Frage ins Terminologische verschoben: seine Definition des Monopolbegriffs umfaßt das Bodenmonopol nicht. Da ich über terminologische Fragen grundsätzlich nicht streite, habe ich Entgegenkommen bewiesen und vorgeschlagen, als Unterbegriffe des „Monopols im weiteren Sinne“ das (Schumpetersche) Monopol engeren Sinnes und das „Oligopol“ am Boden zu unterscheiden. Schumpeter hat die Debatte aufgegeben. — Budge hat, um streiten zu können, genau das Entgegengesetzte dessen getan, was die Logik vorschreibt: er ist vom Bekannten, dem Grund und Boden, zum Unbekannten gegangen, indem er die „Qualitas occulta“ einer eigens von ihm erfundenen „Bodenkraft“ setzte. — Hans Oswalt gar hat in letzter Verzweiflung — was bringt ein in die Enge getriebener Theoretiker nicht alles fertig? — den ganzen Monopolbegriff vollkommen aus der Theorie ausgerottet, indem er mich belehrte, der Großgrundbesitzer brauche die Arbeiter geradeso wie diese ihn. Natürlich braucht jeder Monopolist seinen Kontrahenten; aber bisher hat alle gute Theorie von Sir James Steuart an das Monopol als ein Tauschverhältnis begriffen, bei dem „die Konkurrenz ganz auf einer Seite ist“, oder wo einseitige Dringlichkeit des Austauschbedürfnisses besteht, d. h. wo die Kontrahenten den Monopolisten dringender brauchen als er sie.

Wenn diese Argumente überhaupt einen Sinn haben sollen, so kann es nur der sein, daß Großgrundeigentum nicht unter allen erdenklichen Umständen eine Monopolstellung ausmacht. Und das ist natürlich richtig. Wenn etwa irgendwo einmal hundert Großbesitzer nur zehn oder hundert oder sogar tausend landlose Arbeiter vorfinden sollten, dann ist es allenfalls denkbar, daß ihre innere Konkurrenz den Lohn bis auf sein Maximum, den vollen Wert des Arbeitsertrages, steigern könnte, den der Arbeiter als selbständiger Bauer auf ausreichendem, unverschuldetem Lande erwerben würde. Denn der Grundherr könnte als Arbeitgeber auch in diesem Falle den doppelten Vorteil haben, den Mehrertrag der kooperierenden Arbeit und zugleich den „Unternehmerlohn“ seiner eigenen Leitungsarbeit zu erlangen, die ihm beide verloren gingen, wenn er seinen Besitz unbestellt ließe⁴.

Aber diese theoretisch richtige, wenn auch reichlich gewaltsame Kon-

⁴ Ungefähr solche Verhältnisse bestanden in Deutschland etwa von 1000—1370, als die an sich schon sehr stark an Zahl verminderte Bauernbevölkerung doppelte „Vorflut“ erhielt: in das Kolonialgebiet östlich von Elbe und Saale und in die zahlreich aufblühenden Städte. Damit verwandelte sich das Großgrundeigentum in die ökonomisch harmlose Großgrundherrschaft; das Monopol war verschwunden oder doch kraftlos, bis die neue Bodensperre im Osten die Vorflut abdämmte. Und auf dieser Grundlage stand eine Gesellschaftswirtschaft der wirklich „freien“ Konkurrenz, der nur noch durch geringe politische Einwirkungen schwach gestörten „Harmonie aller Interessen“ (vgl. „Großgrundeigentum und soziale Frage“, 2. historischer Teil).

struktion bringt meine Herren Gegner keinen Schritt von der Stelle. Denn — das bitte ich wohl zu bemerken — ich hole meine Begriffe nicht aus dem luftleeren Raum, sondern ich bemühe mich, geschichtliche Situationen, in diesem Falle eine geschichtlich gewordene Machtposition, in solche Begriffe umzuformen, mit denen die Theorie rechnen kann. Mein ökonomisches Denken ist nicht ungeschichtlich, sondern streng geschichtlich. Hier handelt es sich darum, die Situation zu charakterisieren, in der sich das Landvolk zu Ende der feudalen und zu Anfang der kapitalistischen Ära befand: eine proletarische Übervölkerung, eine des Abstroms, weil der Freizügigkeit beraubte, aufgestaute, für den Bedarf der Betriebe weit überzählige Masse völlig besitzloser Menschen war einem Grundherrschaft wehrlos ausgeliefert, der nicht nur alle Produktionsmittel an Boden und Kapital, sondern auch die politische Obmacht besaß, dem auch noch nach der Durchsetzung der Freizügigkeit das „Klassenmonopol der Staatsverwaltung“ die Arbeiter zu fast jeder Bedingung zutrieb und unterwürfig hielt. Wenn dieses „Austauschverhältnis“ der äußersten einseitigen Dringlichkeit auf seiten der sonst verhungernenden Arbeiter kein Monopolverhältnis kräftigster Art darstellte, dann gibt es in aller Geschichte und Wissenschaft überhaupt nichts, was man als evident bezeichnen dürfte. Und schließlich: das Goltzsche Gesetz ist der stringente Beweis für diese These; ich möchte den Theoretiker kennenlernen, dem es gelingen sollte, es anders als aus einem Monopol zu deduzieren; und deduzieren, anders als ich deduzieren, muß es nun einmal jeder, der mich angreifen will. Ich sage mit Marx: „Hic Rhodus, hic salta“. Kein ernst zu nehmender Fachmann kann daran denken, zu bestreiten, daß das Gesetz in den Zusammenhang gehört, den die Ökonomik zu behandeln und aufzuklären hat.

Ich habe keinen Raum, um hier auch noch darzustellen, wie einfach sich von dem hier gewonnenen, wie ich behaupte, unangreifbaren Standpunkt aus auch das Kapital als „sekundäres Klassenmonopol“ ableiten läßt. Auch hier will eine geschichtliche Tatsache unter einen ökonomischen Begriff gebracht werden. Wer immer noch das Kapital als eine übergeschichtliche, jeder denkbaren Gesellschaftswirtschaft immanente Tatsache aufzufassen beliebt, indem er die Axt des Urbauern oder das Netz des Urfischers als „Kapital“ serviert, mit dem muß ich ablehnen, mich über Dinge der ökonomischen Theorie zu unterhalten. Kapital hat nie etwas anderes bedeutet als einen Eigentumstitel, der seinem Inhaber Zins oder Profit abwirft. Das aber ist, abgesehen vom Wucherzins, der immer mit Recht als ein Monopolgewinn aufgefaßt worden ist, nur möglich in einer Gesellschaft, in der eine überwiegende, in ihrem Angebot von Arbeit durch die größte Dringlichkeit getriebene Klasse vermögens-

loser Arbeiter vorhanden ist. Und die gibt es nicht, wo es noch freien Boden gibt. Auch das ist evident und daher ältester Besitz unserer Wissenschaft.

3. Der Wert der Güter, insbesondere der „beliebig produzierbaren Güter“

Mit Hilfe der beiden oben angeführten Funktionsbestimmungen der Statik ist es mir bereits vor fünfzehn Jahren, in meinem „Wert und Kapitalprofit“, geglückt, das Problem des Wertes vollkommen, d. h. in seiner weitesten denkbaren Erstreckung und in der denkbar einfachsten Formel zu lösen.

Hier sei zunächst die Lösung des Wertes der Güter dargestellt. Zu dem Zwecke soll das Problem noch einmal in eindeutiger Form präzisiert werden:

Jeder Preis, also auch der statische, ist eine Gleichung des Inhalts: soundso viele Einheiten einer Ware (Gut, Dienst, Machtposition oder Nutzung einer solchen) wertgleich soundso vielen Einheiten einer anderen Ware. In der Statik steht der Voraussetzung nach jede einzelne Ware zu jeder anderen in einem exakt bestimmten Verhältnis dieser Art. In arithmetischer Formel: $a=y$, $b=z$, $c=u$, $d=x$ usw. Die Aufgabe ist, das Gesetz zu finden, nach dem sich dieses Verhältnis bestimmt. Das ist das Problem des Wertes oder statischen Preises.

Jeder Geldpreis setzt sich zusammen aus zwei scharf zu unterscheiden den Bestandteilen: den baren Selbstkosten und dem Gewinn. Das gilt von jeder denkbaren Gesellschaft der Konkurrenz. Wir wollen, um uns dem Problem schrittweise zu nähern, zuerst von einer nichtkapitalistischen Gesellschaft, von der Gesellschaft also „der einfachen Warenproduktion“ sprechen, in der nur Selbständige miteinander konkurrieren. Hier ist der Gewinn an der Wareneinheit offenbar der Entgelt der von dem Produzenten dem Wert der Selbstkosten an Materialien usw. zugesetzten „additional value“ seiner eigenen Arbeit. Dieser Gewinn ist ein Teil des Einkommens. So viel Einheiten der Produzent in der Einkommensperiode, etwa einem Jahre, verkauft, so viele Male macht er den in der Statik immer gleichen Gewinn. Bezeichnen wir den Gewinn mit g , die Zahl der verkauften Produkte, die „Produktionsziffer“ mit n , das Einkommen mit e , so ist $e=n:g$. Oder $g=e:n$. Nennen wir die Selbstkosten s , so ist also der statische Preis jeder beliebig produzierbaren Ware (jeder Ware, auf deren Preis kein Monopolgewinn aufgeschlagen ist) bestimmt nach der Formel

$$v = e/n + s.$$

Nun haben wir oben festgestellt, daß das Einkommen aller durchschnittlich qualifizierten Produzenten in der Statik gleich groß ist. Nennen wir diese Konstante E . Sie ist in jeder gegebenen nichtkapitalistischen Gesellschaft sehr einfach festzustellen. Man fragt einer genügenden Anzahl der einfachen Warenproduzenten ihr Einkommen ab und ordnet die erfragten Werte in einem Koordinatenkreuz, auf dessen Abszisse man die Stufen des Einkommens, auf dessen Koordinate man die Zahl der Einkommen jeder Stufe einträgt. Dann erhält man eine Binomialkurve, und der Medianwert der größten Häufigkeit ist die gesuchte Größe E . Damit ist, da die Produktionsziffer n jedes Produzenten gegeben ist, der erste Teil der obigen Formel exakt bestimmt als $E:n$.

Nun sind aber die sämtlichen Selbstkosten ebenfalls Waren, deren statischer Preis grundsätzlich auf genau die gleiche Weise bestimmt ist, also $E:n+s$. Auch diese neue Größe s läßt sich wieder auf die gleiche Weise ausdrücken, und so wird die noch aufzulösende Größe von s immer kleiner und verschwindet zuletzt völlig. Ich habe in meinem „Wert und Kapitalprofit“ (3. Auflage) diese Rechnung aufgestellt und muß hier darauf verweisen. Sie ist von hervorragender mathematischer Seite als korrekt anerkannt. Als letzter Schluß ergibt sich, daß sich die statischen Preise umgekehrt verhalten wie die Summen der auf jede Ware verwendeten Produktionsziffern:

$$\frac{v_i}{v_k} = \frac{\sum \frac{1}{n_i}}{\sum \frac{1}{n_k}}$$

Nun ist es klar, daß sich wieder die Produktionsziffern umgekehrt verhalten wie die auf das Produkt von allen Produzenten zusammen verwandte Arbeitszeit; denn alle Produzenten gleicher Qualifikation arbeiten in der statischen Gesellschaft selbstverständlich gleich lange, wobei für schwerere und gefährlichere Arbeit kürzerer Dauer leichtere und angenehmere Arbeit längerer Dauer gleichgerechnet werden mag, dadurch wird unser Problem nicht berührt. Denn es ist das eine der zahlreichen soziologischen Bedingungen unseres Problems, die uns gegeben sind, geradeso, wie wir als gegeben hinzunehmen haben, welche Qualifikation und in welchem Grade sie höher bewertet wird als eine andere. Alle Produzenten setzen in gleichen Zeiten ihren Materialien gleichen Wert zu, ganz gleichgültig, ob sie 10000 oder nur 10 Einheiten erzeugen und zu ihrem statischen Preise verkaufen. Wir können also die Größe $1:n$ ersetzen durch t (Erzeugungszeit) und die Summe aller auf eine Ware von allen Produzenten zusammen auf die Ware verwandten Zeiten durch T . Dann lautet unsere Schlußformel folgendermaßen:

$$\frac{v_i}{v_k} = \frac{T_i}{T_k}$$

Damit haben wir den ersten Beweis für die Richtigkeit unserer Deduktion erhalten. Denn diese Formel ist die Petty-Ricardo-Rodbertus-Marxsche Formel des Wertes: die Arbeitsmengen- bzw. Arbeitszeittheorie. Daß der relative statische Preis oft sehr enge durch die verglichene Arbeitszeit oder -menge bestimmt sei, mußte sich jedem Beobachter ohne weiteres aufdrängen. So schrieb schon Petty: „Wenn ein Mann in der gleichen Zeit eine Unze Silber in der Kolonie hervorbringen und nach London schaffen kann, wie ein anderer ein Bushel Weizen in England erzeugen und gleichfalls nach London führen kann, so ist offenbar das eine der Preis des anderen.“ Diese Formel war bisher lediglich „gegriffen“, war durch eine, allerdings der Wahrheit sehr nahe kommende, Intuition gefunden; wir haben sie streng deduziert.

Bevor wir weitergehen, ist festzustellen, daß wir mit dieser Formel, zunächst freilich nur für die vorkapitalistische Wirtschaft, den statischen Preis und damit die statische Preisrelation sämtlicher beliebig produzierbaren Waren in der allerexaktesten und allereinfachsten denkbaren Formel deduziert haben. Hier haben wir uns der Ricardoschen Feststellung zu erinnern, daß in der Statik bei der Produktion dieser Waren der „Grenzproduzent“ notwendigerweise immer nur durchschnittlich qualifiziert ist. Seine Selbstkosten und seine Produktionsziffer allein bestimmen den statischen Preis; die höher Qualifizierten, die entweder in gleicher Zeit mehr oder gleiche Mengen mit geringeren Selbstkosten herstellen, haben an diesem Preise eine „renten“-ähnliche Mehreinnahme, die jetzt exakt berechnet werden kann, da die entsprechenden Größen gegeben sind. χ

Hier ist noch eine kleine Zufügung nötig. Wir haben zu unterscheiden zwischen einer angeborenen und einer anerzogenen Qualifikation. Die Vorteile der ersten kann der Konkurrent dem Begünstigten, sonst gleiche Umstände vorausgesetzt, nicht abjagen. Die zweite aber ist, wie schon die Bezeichnung zeigt, erwerbbar. Darum läßt sich aber der höhere Wert, den solche Qualifikation den Materialien in der Zeiteinheit zusetzt, exakt berechnen. Die Ausbildung kostet zunächst eine bestimmte Anzahl von Lehrjahren, in deren Verlauf das Einkommen E nicht verdient wird. Dazu kommt eine gegebene Summe von baren Ausgaben; beides zusammen ergibt eine bestimmte Geldsumme, die in der Zeit der noch bestehenden Arbeitsfähigkeit als Kostenelement jeder Wareneinheit über E hinaus verdient werden muß; eher kann die Konkurrenz nicht zur Ruhe kommen! Der durchschnittlich qualifizierte Grenzproduzent, dessen Selbstkosten

den Wert aller beliebig produzierbaren Waren bestimmen, kann also erworbene höhere Qualifikation besitzen; die Genauigkeit unserer Bestimmung leidet darunter nicht.

Betrachten wir nunmehr die Gesetze, nach denen sich in der kapitalistischen Wirtschaft der Preis der beliebig produzierten Waren bildet. Wenn wir sie gefunden haben werden, ist unser Problem in der Hauptsache gelöst. Denn Novitäten und Singularitäten haben keinen statischen Preis oder „Wert“; die ersten, weil sie per definitionem noch nicht lange genug im Zusammenhang der Märkte sind, um von dem zur Statik drängenden Prozeß ergriffen zu sein, und die anderen, weil sie per definitionem nie regelmäßig zu Märkte gebracht und vom Märkte genommen werden. Beide haben nur laufenden, aber nicht statischen Preis; dessen Bestimmung aber ist anerkanntermaßen erstens unmöglich, als *pretium affectionis*, und zweitens völlig uninteressant; keines der großen Probleme der Ökonomik wird dadurch auch nur von ferne berührt. Das gleiche gilt von allen Naturmonopolen, soweit sie nicht schon unter die Kategorie der Singularitäten fallen, wie die Kunstwerke verstorbener Meister: wieviel ein reicher Liebhaber für eine Flasche eines besonders berühmten Jahrgangs eines besonders begehrten Edelweins zahlt, ist für die großen Probleme unserer Wissenschaft ohne jeden Belang. Für die übrigen Monopolpreise lassen sich, wie schon gesagt, Annäherungsformeln von genügender Genauigkeit aufstellen; die Untergrenze ist der Konkurrenzpreis, die Obergrenze wird gebildet durch den Konkurrenzpreis nichtmonopolisierter Ersatzgüter. Eine allgemeine Formel für sie ist nachweislich unmöglich aufzustellen, so unmöglich, wie etwa die Konstruktion eines zugleich gleichseitigen und rechtwinkligen Dreiecks: der Markt ist für alle beliebig produzierbaren Güter eine „richtige“ Waage, für alle Monopolwaren aber eine unrichtige, und niemand kann eine Formel dafür finden, bei welchem Stande des Züngleins ein bestimmtes Gewicht auf einer „unrichtigen“ Waage äquilibriert wird. Außerdem könnte man die Monopolgüter ohne weiteres aus der Berechnung des statischen Preises ausschließen, weil alle Monopole mit einziger Ausnahme der uninteressanten Naturmonopole befristet sind: die Patente und dergleichen durch Gesetz, die privaten Monopole durch Befristung oder durch die Konkurrenz, sei es der Beteiligten selbst, sei es durch Outsiders.

Um es zusammenzufassen, so ist das eigentliche, fast einzige Problem hier das des statischen Preises der beliebig produzierbaren Güter, weil von dessen Lösung die Lösung des zentralsten Problems, des Problems der Distribution, abhängt. Und jenes ist jetzt völlig bewältigt; es bleibt uns nur noch die geringe Korrektur der Formel festzustellen, die für die kapitalistisch hergestellten Güter dieser Art gilt:

Hier sind bekanntlich schon Ricardo und nach ihm Rodbertus und Marx bedeutende Schwierigkeiten erwachsen, und zwar aus dem Grunde, weil die von ihnen intuitiv gegriffene, von uns für die präkapitalistisch hergestellten Güter deduzierte Arbeitsmengen- bzw. Arbeitszeittheorie nicht mehr vollkommen zutrifft, und zwar wegen der „Ausgleichung der Profitraten“. Ricardo hat sich in den Sektionen des ersten Kapitels seiner „Grundsätze“ mit diesem neuen Problem beschäftigt und die Abweichungen festzustellen versucht, die sich aus der verschiedenen Zusammensetzung der einzelnen Kapitale aus fixem und zirkulierendem Kapital und aus der verschiedenen Umschlagszeit usw. ergeben. Und Marx, der ihm hier wie in allen ökonomischen Dingen sehr eng folgte, hat gleichfalls zugegeben, daß die kapitalistisch hergestellten Güter sich nicht, wie in erster Annäherung angenommen war, nach ihrem „Werte“, d. h. nach ihrem Gehalt an „durchschnittlicher, notwendiger gesellschaftlicher Arbeit“, sondern nach einem durch die Ausgleichung der Profitraten etwas veränderten Schlüssel, den „Produktionskosten“, tauschen.

Diese Schwierigkeiten existieren für uns nicht. Wir haben ja niemals behauptet, daß die Güter sich nach ihrem Gehalt an Arbeitsmenge oder -zeit unter allen gesellschaftlichen Bedingungen tauschen, sondern wir haben diese Verhältnisse ausschließlich für die „einfache Warenproduktion“ sozusagen nebenbei aus unserer Grundformel abgeleitet. Wir suchen nicht nach der „Substanz des Wertes“, sondern lediglich nach einer möglichst einfachen Formel, um den statischen Preis aller beliebig produzierbaren Güter auszudrücken⁵. Und diese Formel ist unschwer aus unseren Ansätzen auch für die kapitalistisch hergestellten Güter zu entwickeln:

In der Statik müssen, das ist unbestritten, alle Kapitale von gleicher Gunst der Anlage und gleicher Größe den gleichen Profit abwerfen. Für Kapitale von geringerer als der durchschnittlichen Gunst der Anlage, die deshalb höheren Profit abwerfen müssen, gelten die oben für die Grundrente und die Qualifikation entwickelten Ansätze mutatis mutandis; wir brauchen uns hier nicht dabei aufzuhalten. Wir haben also unsere Grundformel nur derart zu ändern, daß wir die „Produktivitätsziffer“ nicht mehr auf die Betriebe, sondern auf Kapitale gleicher Größe beziehen. Um ein Beispiel zu geben: wenn wir den statischen Preis der Produkte zweier kapitalistischer Betriebe errechnen wollen, deren einer

⁵ Mit der derart gegenstandslos gewordenen Frage nach der „Werts substanz“ dürfte wahrlich auch das davon abhängige Problem der „Konsumenten-Rente“ aus der Diskussion verschwinden. Es trägt den im übrigen völlig chimärischen Gedanken der „Gerechtigkeit“ des Austauschs in die wertfreie Deduktion hinein und ist auch der Größenordnung nach ganz uninteressant; die Abweichungen der laufenden von den statischen Preisen sind wahrscheinlich viel größer — und die Wirklichkeit hat nur mit laufenden Preisen zu tun. Worauf es in allem Organischen ankommt ist nicht auskalkulierte Gleichheit, sondern nur Gleichgewicht der Funktionen.

10 Millionen, deren anderer 10000 Mark Kapitalwert hat, so bringen wir beide auf den gleichen Generalnenner, indem wir für den ersten nicht seine uns gegebene Produktivitätsziffer n , sondern nur $n:1000$ in die Formel einstellen. Der besseren Unterscheidung halber nennen wir diese auf das gleiche Kapital reduzierte Produktivitätsziffer mit dem entsprechenden griechischen Buchstaben „Ny“. Dann ergibt sich für die kapitalistisch hergestellten Güter die folgende, ebenso einfache Formel:

$$\frac{v_i}{v_k} = \frac{\sum \frac{1}{v_i}}{\sum \frac{1}{v_k}}$$

Diese Formel gilt für alle kapitalistisch hergestellten produzierbaren Güter: für Konsumgüter, für Produktivgüter und für das Geldmetall. Ihre Überlegenheit auch in diesem Betracht über die mit Hilfskonstruktionen im Übermaß belasteten Formeln der Grenznutzenschule erweist sich auch hierin.

Damit ist die Aufgabe, soweit sie hier gestellt war, das Gesetz des Güterwertes zu finden, völlig gelöst.

Noch ein kurzes Wort des Rückblicks. Wie Schumpeter einmal richtig schrieb, kann kein Versuch zum Ziele führen, das Gesetz des statischen Preises aus den beobachteten Preisen abzuleiten. Um von anderen schwerwiegenden Bedenken gegen das Verfahren zu schweigen, scheitert es notwendigerweise daran, daß es immer eine Unbekannte mehr als Gleichungen hat. Das läßt sich aus unserer ersten Problemstellung klar erkennen. Sie lautet: warum ist in der Statik immer exakt $x \cdot a = y \cdot b$ und $y \cdot b = z \cdot c$? An diesem Tatbestande ist z. B. der Casselsche Lösungsversuch gescheitert, wie jeder einigermaßen mathematisch Orientierte von vornherein erkennen mußte. Wir haben die fehlende Gleichung gefunden, indem wir die Konstante E entdeckten.

(In Parenthese: um E in der kapitalistischen Wirtschaft festzustellen, darf man gleichfalls nur „einfachen Warenproduzenten“, also kleinen Handwerkern, Händlern und namentlich Bauern ihr Einkommen abfragen. Wenn es praktisch möglich wäre, den oder die „Grenzbauern“ aufzufinden, was nicht möglich ist, so würde deren durchschnittliches Einkommen dem gesuchten Werte E genügend nahe stehen.)

4. Der „Wert“ der Arbeit und der Machtpositionen

Von hier aus war es nun möglich, das gesamte Problem der Distribution in gleichfalls völlig exakten Formeln zu lösen. Da der mir gegönnte Raum fast erschöpft ist, und der Gegenstand nicht streng zu dem Thema

gehört, wie es hier augenscheinlich gefaßt ist, muß ich mich auf Andeutungen beschränken, indem ich den Leser auf meine Schriften, namentlich auf „Wert und Kapitalprofit“, dritte Auflage, verweise.

Unbestritten ist, daß sich Arbeitslohn und Kapitalprofit in den „Wert“ der kapitalistisch hergestellten, beliebig produzierbaren Güter teilen. Die Aufgabe ist, den Teilungsschlüssel zu finden, und das ist erreicht, wenn man den einen der beiden Bestandteile bestimmen kann. Das aber ist beim Arbeitslohn auf Grund unserer Formel unschwer ausführbar. Der abhängige Lohnarbeiter kann, mathematisch ausgedrückt, nur so viel erwerben, wie ein gleich qualifizierter unabhängiger Arbeiter an den Produktionsmitteln erwerben kann, die ihm in seiner Gesellschaft noch frei zur Verfügung stehen. Da die Willigkeit, sich unter kapitalistische Leitung zu begeben und in vorgeschriebenen Stunden regelmäßig zu schaffen, für eine kapitalistische Gesellschaft eine höhere Qualifikation bedeutet gegenüber der Selbstherrlichkeit des proletarischen Selbständigen, so mag man einen erfahrungsmäßigen Aufschlag auf das Einkommen des letzteren machen, also etwa des Beeren- oder Kristallsuchers, des Besenbinders, des Sammlers von Arzneipflanzen usw. Dadurch wird sich in der Größenordnung des derart bestimmten Lohnes nichts Wesentliches ändern. Das Einkommen des proletarischen Selbständigen nun besteht in gewissen gegebenen Verbrauchsgütern, deren Wert aus unserer Formel hervorgeht: so hoch und vielleicht um ein Kleines höher muß auch der Lohn des Unselbständigen sein: eher kann die Konkurrenz nicht zur Ruhe kommen!

Ich habe noch eine zweite Methode der Berechnung des Arbeitslohnes angegeben, in interlokalen, nicht mehr in lokaler Betrachtung. In den „Grenzbezirken des höchsten sozialen Drucks“, in denjenigen agrarischen Bezirken, aus denen die nach dem Goltzschen Gesetz erfolgende Massenwanderung noch nicht eingesetzt hat, wo daher eine gewaltige „Übervölkerung“ von landlosen Proletariern sich staut, über die gleichzeitig noch ihre Grundherren das „Monopol der Staatsverwaltung“ besitzen, steht der Lohn auf oder sogar unter dem Existenzminimum. Von hier nach dem zentralen Arbeitsmarkte hin wächst der Arbeitslohn nach genau den gleichen Gesetzen, wie der Getreidepreis von der Peripherie nach dem zentralen Markte hin durch Aufschlag von immer höheren Transportkosten wächst, weil eben nach dem Goltzschen Gesetze die Arbeiter massenhaft zentralwärts ab- und auswandern, sobald der Zug ins Minimum des Druckes sie ergreift. Jenes Existenzminimum, bestehend wieder aus bestimmten Mengen bestimmter Konsumgüter, läßt sich nach unserer allgemeinen Formel ebenso sicher berechnen wie die bis zu der in Frage stehenden Stelle erwachsenden Kosten des Transports. Damit ist jeder

lokale Lohn der „ungelernten“ städtischen Arbeit abgeleitet: über ihm staffeln sich, entsprechend der Seltenheit der Vorbedingungen, die Löhne der höheren Qualifikationen auf.

Den Rest des „Wertes“ der Güter erhält das Kapital. Und zwar ist der „Profit“ bestimmt durch denjenigen Wertteil, den das „Normalkapital“ erhält; darunter verstehe ich ein Kapital, das durch kein Produktions- oder Tauschmonopol begünstigt ist. Das bekannteste Beispiel eines solchen Normalkapitals ist das des Pächters, der nach der bekannten Ricardoschen Feststellung in der Statik immer nur den normalen Profit, aber kein Atom Grundrente erlangt. Aber das gleiche gilt für jedes andere Kapital, das nicht einen Monopolgewinn erhält, den ihm die Konkurrenz nicht abjagen kann.

Weiterhin ist jetzt zu bestimmen der statische Preis des Kapitals selbst. Das scheint einfach, wenigstens für diejenigen Fachmänner, die immer noch an der Vorstellung festhalten, daß das Kapital aus Gütern, aus Produktivgütern besteht. Denn die Formel für alle Sachgüter besitzen wir ja; wir haben also nur zu addieren und haben damit die gesuchte Größe. Aber die Vorstellung ist unmöglich! So schmerzlich es auch immer ist, auf die prachtvolle Doppeldeutigkeit des fast überall verwendeten Begriffes verzichten zu müssen, die allein es ermöglicht, die verschiedenen (zum größten Teile längst selig verschiedenen) Kapitaltheorien noch mit Scheinbeweisen zu stützen: Sachgüter (eine technische Kategorie) sind nun einmal bestimmt nicht substantiell identisch mit dem Eigentumsrecht an eben diesen Sachgütern (einer juristischen Kategorie). Außerdem gibt es genug Kapitale, die gar nicht auf Sachgüter radiziert sind, z. B. Patentrechte, und gibt es andererseits Sachgüter, auch ganze Stämme von „komplementären“ Produktivgütern, die dennoch kein Kapital sind, weil sie keinen Profit erbringen: das war nach Marx' humorvoller Schilderung im 25. Kapitel des ersten Bandes seines „Kapital“ die Erfahrung, die Herr Peel machen mußte, als er ganze Schiffsladungen von „Kapitalgütern“ nach Neu-Holland einfuhrte; und das gleiche haben wir in jeder „freien Kolonie“, wo das Land noch Volkseigentum ist und daher „jeder Pionier ein Stück davon in sein Privateigentum und individuelles Produktionsmittel verwandeln kann, ohne den nächsten Pionier an der gleichen Operation zu verhindern“, und hatten wir im hohen Mittelalter durch fast volle vier Jahrhunderte hindurch, bevor der Kriegsadel den ganzen Osten Europas gegen die freie Besiedlung sperrte.

So schmerzlich es auch allen denen sein mag, die dadurch ihrer teuersten Illusionen beraubt werden, so ist es dennoch unerläßlich, die von Rodbertus vorgenommene und von Adolf Wagner übernommene Unterscheidung der beiden in eins verknäuelten Begriffe vorzunehmen

und die sachlichen Produktivgüter als das „volkswirtschaftliche“, die juristischen Eigentumstitel aber als das „privatwirtschaftliche Kapital“ zu trennen. Noch besser wäre es, den Begriff „Kapital“ ausschließlich für den Gegenstand zu brauchen, den er von jeher bezeichnete: für den rechtlichen oder faktischen Anspruch auf Profit oder Zins, und um der guten Klarheit halber die Produktivmittel eben als solche oder als „gesellschaftliches Beschaffungsgut“ oder dergleichen zu benennen.

Der Wert der Produktivgüter läßt sich allerdings durch Addition der nach unserer Formel berechneten Einzelwerte bestimmen. Aber er hat an sich kein eigenes neues Interesse für uns. Wohl aber kann er uns dazu helfen, den Wert des darauf radizierten Privatkapitals zu bestimmen.

Was nämlich ist dieser Wert? Es ist der statische Preis des Ertrages des Privatkapitals multipliziert mit dem statischen „Fuß der Kapitalisierung“. Wie können wir diesen „Kapitalisierungswert“ exakt bestimmen? Auf die einfachste Weise! Er muß in der Statik genau so groß sein wie der Additionswert der Produktivgüter! Wohl-gemerkt: dieser Satz gilt ausschließlich für die Normalkapitale! Aber hier gilt er unbedingt. Und das läßt den alten und fast unausrottbaren Irrtum eher verstehen: ein normales, nicht durch Monopole begünstigtes Privatkapital hat in der Statik exakt den gleichen Wert wie die ihm zugrunde liegenden Produktivgüter. So abwegig die Meinung ist, die beiden ganz verschiedenen Dinge seien substanzidentisch, so sicher ist es, daß sie wertidentisch sind.

Es handelt sich hier um einen meiner glücklichsten Funde, den ich bereits 1910 veröffentlicht habe, mit dem selbstverständlichen Erfolge, daß keiner der Fachmänner die geringste Notiz davon genommen hat.

Diese Wertidentität läßt sich bereits auf das allereinfachste aus dem anerkannten Satze von der Gleichheit aller Profite in der Statik ableiten. Nicht eher kann die Konkurrenz auf ihrem Ruhezustande stehen, als wenn ein Kapitalist, der eine bestimmte Summe Geldes anzulegen hat, davon den gleichen Profit hat (abgesehen selbstverständlich von seinem „Unternehmerlohne“; ein Risiko und daher eine Risikoprämie gibt es in der Statik nicht), ganz gleichgültig, ob er sich für die Gründung oder den Ankauf einer Fabrik oder die Anlage als Leihkapital entscheidet. Aber man sieht tiefer in den Zusammenhang der Dinge, wenn man auch hier das Spiel von Angebot und Nachfrage im Zusammenhang der Märkte verfolgt, das zur Statik führt. Ich zitiere aus meiner „Theorie der reinen und politischen Ökonomie“ (S. 832/33):

„Würde nämlich einmal zu viel gesellschaftliches Beschaffungsgut, d. h. volkswirtschaftliches Kapital, in Unternehmungen angelegt werden, so würde sein Gesamtprodukt an Wertdingen niederer Ordnung den Kol-

ektivbedarf überschreiten; ihr Preis würde sinken, und die Basis der Kapitalisierung, der Ertrag des Produktivkapitals, sich verkleinern, so daß bei gleichbleibendem Fuß der Wert des dadurch repräsentierten Privatkapitals unter den Tauschwert der Beschaffungsgüter fallen würde. Dann wendet sich die Nachfrage von dem Markte der Werkgüter ab und dem Markte der Anleihen zu; und das hat eine doppelte Wirkung: erstens fällt der Preis der Werkgüter, und zweitens steigt der Fuß der Kapitalisierung; denn dort sinkt und hier steigt die Nachfrage, so daß der Kurs der festverzinslichen Anleihen steigt und der Zinsfuß bestimmter Geldsummen fällt. Dadurch wird die Anlage von Kapital in neuen Produktivgütern wieder rentabel; denn die gleiche Geldsumme erwirbt mehr davon, oder der gleiche Stamm kostet weniger, und auf der anderen Seite wirft er jetzt wieder ebensoviel Ertrag ab wie das inzwischen im Ertrage gesunkene Leihkapital. — Würde umgekehrt einmal zu wenig gesellschaftliches Beschaffungsgut gebildet, so würde ihr Produkt über seinen statischen Preis und daher der kapitalisierte Betrag des dadurch geschaffenen Privatkapitals über den Wert der Beschaffungsgüter steigen. In diesem Falle würde die Nachfrage auf dem Leihmarkte, und der Fuß der Kapitalisierung sinken und die Bildung neuer volkswirtschaftlicher Kapitale zunehmen, bis ihr Wert wieder mit dem dadurch beschafften ‚Privatkapital‘ zusammenfiel. Eher könnte der Konkurrenzkampf nicht zur Ruhe kommen.“

Wir können also sowohl den Wert eines Normalkapitals wie auch den seines Ertrages in der Statik nach unserer Grundformel exakt ausrechnen; daraus ergibt sich der Hundertsatz des Profits und, wenn man mit diesem Satze in hundert dividiert, der Fuß der Kapitalisierung. Ergibt z. B. ein Normalkapital von einer Million Mark einen Gewinn von 125000 Mark, so ist der Profitsatz $12\frac{1}{2}\%$ und der Kapitalisierungsfuß 8.

Bleibt als letztes Problem noch die Berechnung des Wertes der begünstigten Kapitale und des Grundeigentums, das nicht auf „Grenzboden“ liegt, also Grundrente abwirft.

Solches Grundeigentum erfreut sich der Verfügung über ein „Produktionsmonopol“ entweder der Lage oder der Bodenbonität (in meiner Terminologie ein „Transport“- bzw. ein „Erzeugungsmonopol“). Diese Monopole zeichnen sich dadurch aus, daß sie ihrem Inhaber Vorteile an den Produktionskosten ermöglichen, die ihm die Konkurrenz nicht abjagen kann. Das Produkt steht auf seinem statischen Konkurrenzpreise, und dennoch hat der Verkäufer einen Monopolgewinn entsprechend der Ersparnis an der Größe s . Solche Vorteile kann auch ein industrieller oder kommerzieller Betrieb besitzen, ein Erzeugungsmonopol z. B. in einer Wasserkraft, ein Transportmonopol durch die Lage an einer Schiff-

fahrtsstraße, oder schließlich ein „Umsatzmonopol“ (die dritte Unterart der Produktionsmonopole) durch besonders günstige Verkehrslage zu den Konsumenten. In allen Fällen ist der Wert des Eigentums um den kapitalisierten Betrag des Mehrertrages höher als der des Normalkapitals. Diesem Umstande ist denn auch die bisherige Theoretik in bezug auf das Grundeigentum gerecht geworden, weil sie hier den Mehrertrag als „Grundrente“ scharf von dem Profit des Kapitals zu trennen durch Ricardo gelernt hatte; aber beim Kapital ist das nicht immer geschehen: man hätte ja dann eingestehen müssen, daß das volkswirtschaftliche und das privatwirtschaftliche Kapital nicht substanzidentisch sein können, wenn sie nicht einmal wertidentisch sind.

Um ein Beispiel zu geben: Eine Fabrik erfreue sich des Besitzes einer Wasserkraft, die ihr jährlich 20000 Mark an Kohlen erspart. Der Kapitalisierungsfuß sei wieder 8; dann hat der Betrieb einen Kapitalisierungswert von 160000 Mark über den Additionswert seiner Beschaffungsgüter hinaus. Ganz ebenso errechnet sich der Wert des begünstigten, rentetragenden Grundeigentums.

Analog errechnet sich der Wert eines Kapitals, das durch ein „Tauschmonopol“ begünstigt ist und daher die Macht hat, für seine Produkte einen statischen Monopolpreis, d. h. einen um einen Monopolgewinn erhöhten Konkurrenzpreis zu erreichen. Wenn es Monopole dieser Art gibt, die dauern, so würde die Rechnung ganz ebenso wie in dem eben dargestellten Falle verlaufen. Da es solche kaum geben kann, so ist es fraglich, ob die vorübergehenden Tauschmonopole überhaupt in der statischen Rechnung Platz haben. Wenn man sich entschließt, sie darin zu behandeln, so ist die Errechnung des Mehrwerts, den sie darstellen, wieder sehr einfach; eine elementare Eskompterechnung ihrer noch gewährleisteten Patente oder vermuteten Lebenszeit ergibt den Betrag, der, kapitalisiert, dem Additionswert ihrer Beschaffungsgüter hinzugerechnet werden muß.

Damit ist das gestellte Problem vollkommen und in einem Umfang gelöst, wie bisher wenigstens keine andere Theorie es auch nur zu stellen gewagt hat. Selbst ein Marx hat sich mit der bloßen Ausflucht begnügen müssen, daß das Grundeigentum „keinen Wert, sondern nur Preis“ habe. Keine Wertlehre hat mehr versucht, als das eine Teilproblem des Güterwertes zu lösen, und keiner ist es bisher geglückt. Die meine gibt die Formel außerdem für den Wert, den Geldwert der Arbeit, und zwar nicht nur der proletarischen, sondern aller, auch der höchsten Qualifikationsstufen, gibt den Wert der Nutzungen der Machtpositionen: Grundrente und Kapitalprofit, und schließlich den der Machtpositionen selbst, des Grundeigentums und des Kapitals. Weitere Aufgaben sind der Theorie des Wertes nicht gestellt.